

Herr Scholz ändert seinen Antrag auf Umstellung der Stromversorgung in einen Prüfauftrag an die Verwaltung, die Kosten genau zu berechnen und die Vor- bzw. Nachteile einer evtl. Umstellung aufzulisten.

Zum Antrag erläutert Herr Sterzenbach ergänzend, dass der bestehende Stromvertrag noch bis zum Jahr 2012 läuft, eine tarifliche Umstellung auf Ökostrom dennoch möglich wäre. Nach einer groben Schätzung beträgt der Mehrpreis ca. 0,3 Cent pro Kwh. Dies würde bei einem Gesamtverbrauch von rund 3,1 Mio. Kwh derzeit einen Mehrbetrag von rund 9.900 € brutto ausmachen. Er schlägt vor, in der Kostenkalkulation die Straßenbeleuchtung vorerst außer Acht zu lassen, da es sich hier um einen Sonderfall handelt. Es ergeben sich keine weiteren Wortmeldungen.